

Berlin, 17. Mai 2010

Pressekonferenz zum ELTERN-INSM- Kindergartenmonitor 2010

**Statement von Hubertus Pellengahr,
Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**

Mit dem Kindergartenmonitor 2010 legen wir zum zweiten Mal seit 2008 mit der Zeitschrift ELTERN einen wissenschaftlichen Vergleich der Kindergartengebühren in den 100 größten deutschen Städten vor.

Das Thema frühkindliche Förderung beschäftigt uns seit langem. Bereits 2006 haben wir mit der Zeitschrift ELTERN eine erste Studie vorgelegt, die nachwies, dass es sich lohnt, in frühkindliche Förderung zu investieren.

Gerade Kinder aus sozial schwächeren Familien, darunter auch viele Immigranten, profitieren vom Kindergartenbesuch – selbst wenn es nur ein Halbtagsplatz sein sollte. Frühkindliche Förderung kann verhindern, dass sich Bildungsarmut über Generationen hinweg vererbt. **Wir sehen den halbtägigen Kindergartenbesuch deshalb als wichtige erste Bildungsstufe.**

Die INSM setzt sich für Leistungsgerechtigkeit ein. Mit dieser Forderung ist untrennbar auch das Gebot der Chancengerechtigkeit verbunden: **Wir wollen, dass wirklich ALLE Kinder optimal vorbereitet in den Leistungswettbewerb von Schule, Ausbildung und Beruf gehen.** Pädagogen weisen immer wieder darauf hin, wie wichtig eine gute frühkindliche Förderung für den späteren beruflichen Erfolg ist. Und auch die anstehende demografische Schrumpfung der Gesellschaft bietet, trotz aller Probleme, den nächsten Generationen ungeahnte Karrieremöglichkeiten. Aber auch dies ist kein Automatismus! **Wir müssen die Kinder heute mit dem nötigen Rüstzeug ausstatten, damit sie die Chancen von morgen ergreifen können.**

Ein weiteres Anliegen, dass die INSM mit dem Kindergartenmonitor voranbringen will, ist: **Transparenz für die Bürger.** Sie sollen Preise und Leistungen vergleichen können. Das ist ihnen jedoch weitgehend unmöglich, weil praktisch jede Stadt die Gebührenermittlung nach eigenem System vornimmt – und dies mancherorts mit Berechnungssystemen, die kein Laie mehr durchschaut. An diesem Gebühren-Dschungel hat sich seit dem ersten Kindergartenmonitors im Jahr 2008 leider nichts geändert. Die Gebührensatzungen, die die Kommunen in Eigenregie gestalten, sind in den vergangenen Jahren noch komplizierter geworden.

Viele Kommunen sind bemüht, die Eltern nach ihrer Leistungsfähigkeit zu belasten. Wer viel verdient, zahlt mehr. Wer wenig verdient, zahlt wenig. Wir von der INSM halten diesen Ansatz für ordnungspolitisch falsch. Die Kindergartengebühren sollten kein Umverteilungsinstrument zwischen mehr und weniger gut verdienenden Familien sein. Auch aus diesem Grund sind komplizierte und von Stadt zu Stadt unterschiedliche Rechenmodelle entstanden. Manche Städte setzen die Gebühren nach Einkommensstufen fest. Einige ziehen das Nettoeinkommen heran, andere sind mehr am Brutto orientiert.

Einen anderen Weg gehen vor allem Kommunen in den südlichen Bundesländern. Dort verzichtet man oft auf einkommensabhängige Gebühren, was wir von der INSM begrüßen. Wer wenig Geld hat, dem sollte über das Steuersystem oder etwa auch durch Gutschein-Modelle geholfen werden.

Es geht uns hier aber nicht um eine ordnungspolitische Grundsatzdebatte, sondern um die bestmögliche frühkindliche Erziehung. Daher sagen wir: Jeweils richtig ist, was richtig wirkt und fördert.

Die Recherchen zu dieser Studie zeigen auch, dass es vielerorts Glückssache ist, ob Eltern nachvollziehbare Informationen über die tatsächliche Höhe der Gebühren erhalten. Aber es gibt auch Ausnahmen: So hat die Stadt Jena einen Online-Gebührenrechner. Dort erfahren Eltern schnell und unkompliziert, wie teuer der Kindergartenplatz wird.

Die von uns beauftragten Wissenschaftler stießen auch auf Kommunen, die selbst auf wiederholtes Nachfragen nicht bereit waren, Preise für die Modellfamilien zu nennen oder wenigstens ihre Berechnungsgrundlagen offenzulegen. **Diese Informationspolitik ist skandalös!**

Die öffentliche Verwaltung hat dem Bürger gegenüber eine Informationspflicht über die Kosten öffentlicher Dienstleistungen. **ELTERN haben einen Anspruch darauf, die Preise für öffentliche Leistungen ohne wissenschaftliche Unterstützung vergleichen zu können.**

Mit unserer Studie schaffen wir wenigstens ein Stück Übersicht im Kindergartengebühren-Dschungel.

Der ELTERN-INSM-Kindergartenmonitor untersucht die Gebührenhöhe für eine halbtägige Mindestbetreuungszeit, und zwar die reine Betreuungsleistung. Nicht erfasst sind Leistungen wie Verpflegung oder eine ganztägige Versorgung der Kinder. Diese Abgrenzung ist mir wichtig. Es ging uns um die wichtige erste Bildungsstufe für alle Kinder und nicht darum, alle öffentlichen Leistungen im Bereich Kindergartenbetreuung kostenfrei zu stellen. Ein Blankoscheck für alles – finanziert vom Steuerzahler – wäre aus unserer Sicht nicht sinnvoll. **Eine allen zugängliche frühkindliche Förderung ist allerdings ein öffentliches Gut, das mehr staatliches Engagement erfordert.**